

Presseinformation 44/2024

Klimaschutz Vorrang geben

Der EU-Klimadienst Copernicus bestätigt, dass die derzeitige globale Erwärmung das 1,5 Grad-Ziel überschritten habe. Die durch den Menschen gemachten Klimawandel verursachte Naturkatastrophe in Valencia, sei die letzte Mahnung in Europa, um weltweit endlich mehr Klimaschutzmaßnahmen durchzusetzen. Dies müsse auch das Ergebnis des 29. Weltklimagipfels in Baku widerspiegeln, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt und der Landesverband Solarenergie in Rheinland-Pfalz.

Kein Verständnis haben die Verbände, dass die FDP die Ampelregierung aufgekündigt habe. Einige der wesentlichen Begründungen für die Liberalen lagen in der Kritik der Modernisierungsstrategien der Wirtschaft zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise, eine Blockade der Energiewende und die Rückkehr zu einer klimaschädlichen fossilen Energiepolitik. Auch in einer neuen Regierungskoalition werde die liberale Partei eine solche rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik nicht durchsetzen können, so die Verbände in Rheinland-Pfalz.

Sie befürchten, dass bei Neuwahlen eine Regierungsbildung langwierig wird und eine monatelange Hängepartie auf Deutschland zukäme. Deshalb plädierten sie für einen späteren Wahltermin im März, damit die derzeit im Amt befindliche Regierung auf die Ergebnisse bei COP29 sowie die ersten Attacken aus der Trump Administration reagieren könne. Eine Wahl im Januar 2025 würde dagegen die Bundesregierung handlungsunfähig gegenüber der US-Absicht nach Aufkündigungen des Klimaabkommens von Paris und Leugnung des wissenschaftlich nachgewiesenen Klimawandels machen.

Der sich verstärkende Klimawandel auf der einen Seite und die derzeit schlechten Voraussetzungen für mehr Klimaschutz andererseits müssten durch mutiges Handeln in den Landesregierungen sowie bei den Bürgerinnen und Bürger aufgefangen werden. Die Leugnung des Menschen gemachten Klimawandels und der Rückgriff auf klimaschädliche alte Technologien lösten keine Probleme. Im Gegenteil, sie verschärften die gesellschaftliche Spaltung, belasten die Wirtschaft und bilden die Grundlage für einen Wohlstandsabbau. Jedem müsse klar sein, dass bei weiteren und größeren Klimakatastrophen weder private Versicherungen noch staatliche Hilfen in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, um die Schäden zu regulieren. Viel günstiger sei die Transformation der Wirtschaft, eine Energie- und Wärmewende sowie klimaneutrale Technologien wie Elektromobilität oder Umweltwärmesysteme in Gebäuden.

An die Landesregierung gewandt fordern der Landessolarverband sowie der nachhaltige Wirtschaftsverband eine umfängliche Reform des Landessolargesetzes, um versiegelte Flächen mit Solaranlagen zu belegen und eine deutlichere Priorisierung von Windkraft, Solaranlagen und Speicher bei der Schutzgüterabwägung. Ohne Klimaschutz sterbe der Wald weiter und komme Natur- und Artenschutz unter die Räder, so die beiden Verbände abschließend.

Neustadt a.d.W. | Ebertsheim, den 11. November 2024